
Vorsitz: Bulgarien**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(519. Plenarsitzung)**1. Datum: Donnerstag, 22. Juli 2004

Beginn: 15.35 Uhr

Schluss: 16.50 Uhr

2. Vorsitz: I. Petrow3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE LAGE DER MOLDAUISCHEN SCHULEN IN
DER TRANSNISTRISCHEN REGION IN MOLDAU.
ANSPRACHE DES MINISTERS DER REPUBLIK
MOLDAU FÜR REINTEGRATION, VASILE SOVA**

Vorsitz, Minister der Republik Moldau für Reintegration, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HCNM.GAL/3/04 Restr.), Stellvertretender Leiter der Mission in Moldau, Niederlande – Europäische Union (die Bewerberländer Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Türkei schließen sich an) (PC.DEL/689/04), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/700/04), Russische Föderation, Norwegen, Rumänien, Ukraine, Aserbaidshan (PC.DEL/694/04), Kanada, Vorsitz (Anhang)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 29. Juli 2004, 10.00 Uhr im Neuen Saal



519. Plenarsitzung

PC-Journal Nr. 519, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN

Schließung von moldauischen Schulen, die in lateinischer Schrift unterrichten, in der transnistrischen Region der Republik Moldau

Heute, am 22. Juli 2004, trat der Ständige Rat der OSZE zu einer Sondersitzung zusammen, um die Schließung von moldauischen Schulen, die in lateinischer Schrift unterrichten, durch die selbsternannten transnistrischen Behörden zu erörtern. Berichte und Informationen wurden vom Minister der Republik Moldau für Reintegration, Sova, dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten und der OSZE-Mission in Moldau vorgelegt. Der Beschluss des Amtierenden Vorsitzenden, seinen Persönlichen Beauftragten, den Stellvertretenden Minister Draganow, nach Moldau zu entsenden, wurde begrüßt. Die Teilnehmerstaaten äußerten ihre tiefe Besorgnis über die Lage, die infolge der willkürlichen Maßnahmen der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden in Tiraspol entstanden ist.

Im Zuge der Debatte verurteilte der Ständige Rat aufs Schärfste die unverantwortlichen und provozierenden Maßnahmen gegen die Schule Nr. 20 in Tiraspol und die Schule Nr. 19 in Benderi. Die erzwungene Schließung der einen Schule und die Maßnahmen gegen die zweite waren von Vandalismus und rechtswidriger Anwendung bzw. Androhung von Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte gegen Kinder, unter ihnen Waisenkinder, Eltern und Schulpersonal begleitet. Diese Aktionen stellen ebenso wie die für andere Schulen angekündigten „administrativen Maßnahmen“ schwere Verletzungen der Grundrechte und Grundfreiheiten eines großen Teils der Bevölkerung am linken Dnjestr-Ufers dar.

Die Teilnehmerstaaten der OSZE versicherten den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) ihrer nachdrücklichen Unterstützung bei seiner Arbeit. Im vergangenen Jahr leistete Rolf Ekéus wertvolle Hilfestellung bei der Lösung des Problems, das die Verantwortlichen in Tiraspol hervorgerufen hatten, als sie die Anmeldung in Schulen, die in lateinischer Schrift unterrichten, willkürlich verweigerten. Der HKNM ist seither ständig mit dieser Angelegenheit befasst.

Der Ständige Rat bekundete auch seine uneingeschränkte Unterstützung für die Tätigkeit der OSZE-Mission in Moldau unter der Leitung von Botschafter Hill. Die Mission wurde ersucht, die gefährlichen Entwicklungen, die durch die destabilisierende Willkür der lokalen Behörden ausgelöst wurden, auch weiterhin aufmerksam zu verfolgen. Die

Maßnahmen der OSZE-Mission zur Beruhigung der Lage und zur Verhinderung gewalttätiger Ausschreitungen fanden volle Unterstützung.

Die Teilnehmerstaaten verlangten, dass die Verantwortlichen in Tiraspol keine weiteren einseitigen Maßnahmen setzen, den Zustand, wie er unmittelbar vor den jüngsten Geschehnissen bestand (status quo ante) wieder herstellen, an den Verhandlungstisch zurückkehren und gemeinsam mit der moldauischen Seite eine Regelung ausarbeiten sollten, die es den moldauischen Schulen in der transnistrischen Region, deren Unterricht in lateinischer Schrift erfolgt, ermöglicht, wieder unbehindert ihrer Lehrtätigkeit nachzugehen.

In ihren Erklärungen appellierten die Teilnehmerstaaten an alle Länder und internationalen Organisationen, die in diesem Teil des OSZE-Raums über Einfluss verfügen oder eine Rolle spielen, Schritte zur Verhütung von Gewalt zu setzen, die Wiederherstellung der Stabilität zu unterstützen und die fünfseitigen Verhandlungen über die Wiedervereinigung Moldaus fortzusetzen.

Einige OSZE-Teilnehmerstaaten sprachen sich dafür aus, zusätzliche Maßnahmen zu prüfen, die den provozierenden Aktionen der transnistrischen Behörden Einhalt gebieten sollen.

Die Teilnehmerstaaten forderten alle beteiligten Parteien auf, Zurückhaltung zu üben, eine Lösung der Situation in Ruhe und gewaltfrei herbeizuführen und sich jeder Handlung zu enthalten, die bestehende Differenzen verschärfen und substanzielle Verhandlungen beeinträchtigen könnte.